

uns im übrigen auch nichts hülf) irgend ein Staat einen Finger für uns rührte. Wohl alle unsere menschlichen Sympathien sind heute bei unserem um ein bißchen mehr Wohlstand und vor allem ein bißchen mehr geistige Freiheit ringenden Nachbarland, das jetzt bitteren Zeiten entgegengeht. Aber das darf uns den nüchternen Blick für die Interessen einer Großmacht wie der Sowjetunion und vor allem unsere eigenen Interessen nicht trüben. Wenn die militärischen Maßnahmen der fünf Staaten des Warschauer Pakts nicht geradezu als indirekte Warnung auch für die Bundesrepublik gedacht waren, so sollten wir selbst sie jedenfalls als Warnung verstehen. Eine endlich aufrichtige eigene Friedenspolitik wäre der weitaus beste Dienst, den Bundesregierung und Bundestag der Tschechoslowakei und ihrem eigenen Volk leisten können.

Hartmut Häußermann / Niels Kadritzke / Ulf Kadritzke

## Wer ist hier eigentlich konterrevolutionär?

### I

Die Sowjetunion als angebliche Vormacht der sozialistischen Welt hat durch ihre außenpolitische Großmachtaktion eine Innenpolitik zerstört, auf die Sozialisten in aller Welt große Hoffnungen gesetzt haben. Militärische Machtentfaltung gegenüber einem sozialistischen Land ist eo ipso schon Machtentfaltung am falschen Ort. Im Falle der Intervention in der CSSR hat diese Politik darüber hinaus einen katastrophalen Schaden angerichtet, weil sie ein Experiment zerstört hat, das nach zwanzig Jahren zum ersten Male auch an der europäischen Front eine sozialistische Offensive hätte begründen können.

Die Tatsache, daß die Sowjetunion — ganz ähnlich wie an der revolutionären Front in der Dritten Welt — auch in Europa dem politischen Kalkül einer ihren Machtbereich konventionell absichernden Großmacht folgt, ohne auf die möglichen offensiven Wirkungen einer neuen sozialistischen Politik zu setzen, zeigt an, daß die Erben der Oktober-Revolution heute nicht einmal ansatzweise eine revolutionäre Gesamtstrategie im Kopf haben. In Vietnam wie in der CSSR hat die Sowjet-Union den defensiven Charakter ihrer Politik enthüllt und damit langfristig jede revolutionäre Perspektive aufgegeben. Als konterrevolutionär muß der Einfall in die CSSR insbesondere dann gewertet werden, wenn die sowjetische Behauptung von einer anti-sozialistischen Entwicklung in der CSSR widerlegt werden kann.

In der Beurteilung des Demokratisierungs-Prozesses seit dem Januar-Plenum der KPC standen sich zwei Auffassungen gegenüber, die sich vor allem in der Prognose für die Entwicklungstendenzen des Dubcek-Kurses unterscheiden. Die erste Prognose lautete, eine Demokratisierung im Sinne der KPC-Politik werde

zum mindesten ein liberales Mehr-Parteien-System herausbilden, wenn nicht früher oder später zum Kapitalismus zurückführen. Diese These wurde von zwei Positionen aus vertreten: von der des westlichen Beobachters, der sich Liberalisierung nur als pluralistisch-kapitalistische Restauration des Gesamt-Systems vortellen kann, und von der des sowjet-orthodoxen Machthabers, der jede Abweichung vom staatssozialistischen Entwicklungsmodell Moskauer Prägung als konterrevolutionäre Gefahr wahrnehmen muß. Die Verwandtschaft in ihren politischen Zukunftserwartungen für die CSSR zwischen diesen beiden Gruppen läßt sich leicht dokumentieren, stellt man die Äußerungen sowjetischer Politiker neben die der westdeutschen Publizistik von Matthias Walden bis Rudolf Augstein. Letzterer hat noch nach der Intervention der sowjetischen Politik mit liberalem Freimut ihre Konsequenz bescheinigt: „der Druck der Verhältnisse drängte die tschechoslowakische KP, ob ihre Führer das beabsichtigten oder nicht, aus dem kommunistischen Regiment in ein liberales Mehr-Parteien-Schema, in dem der Führungsanspruch der Partei nicht in jedem Fall hätte behauptet werden können“ (Spiegel Nr. 35/68, S. 20).

Dieser unterschiedlich motivierten konterrevolutionären Unterstellung steht die Interpretation des Demokratisierungsprozesses in der CSSR gegenüber, wie sie von den Vertretern der KPC selbst gegeben wird. Es steht außerhalb jeden Zweifels, daß die führenden Köpfe des Demokratisierungs-Kurses ihrem Selbstverständnis nach überzeugte Sozialisten sind. Wer ihnen vorwirft, daß sie in die Nähe sozialdemokratischen Bewußtseins geraten, wenn sie sich betont als demokratische Sozialisten bezeichnen, läßt eine wichtige Unterscheidung außer acht: nämlich die zwischen einem demokratischen Sozialisten in einer nachrevolutionären Gesellschaft und einem Sozialisten, der die revolutionäre Perspektive im liberal-parlamentarisch verfaßten Kapitalismus aufgegeben hat und zum systemimmanent operierenden Sozialdemokraten geworden ist. Demokratische Forderungen haben verschiedene Qualität, je nachdem in welcher Gesellschaft sie vertreten werden, ebenso wie individuelle Freiheitsrechte in der sozialistischen Gesellschaft neue Qualität gewinnen. Es sind genau diese Unterschiede, die von den Vertretern der These von der Konterrevolution außer acht gelassen werden, während sie in der Theorie der führenden Prager Kommunisten festgehalten sind, die den Demokratisierungsprozeß ausdrücklich als revolutionäre Weiterentwicklung begreifen<sup>1)</sup>, in der sozialistische und fundamentaldemokratische Prinzipien zusammenfallen. So werden insbesondere zwei Momente des Demokratisierungsprozesses hervorgehoben, die eine Sozialisierung politischer Macht intendieren: Kontrolle potentieller neuer Herrschaftszentren von unten und reale Mitbestimmung an den politischen Entscheidungen in allen gesellschaftlichen Bereichen. Beide Momente sollten sowohl innerparteilich zur Geltung gebracht werden (vgl. den Entwurf eines neuen Parteistatutes) als auch an der gesellschaftlichen Basis sichergestellt werden (vgl. die rätedemokratische Diskussion in der KPC, die zuletzt eine paritätische Entscheidungsinstantz von Betriebsangehörigen und Vertretern der Planungsbehörden vorsah).

Theorie und Praxis eines demokratischen Sozialismus befanden sich in der CSSR in einem Anfangsstadium, das noch keine fertigen Produkte vorweisen konnte. Insofern konnten weder das zweifelsfrei sozialistische Selbstverständnis der „Reform“-Politiker noch ihre ersten praktischen Maßnahmen schon eine absolut sichere Gewähr dafür bieten, daß in einer späteren Phase keine widersprüchlichen Tendenzen aufgetaucht wären. Aus linkssozialistischer Sicht sind denn

<sup>1)</sup> So der als besonders „liberal“ verdächtige E. Goldstücker in einem Diskussionsbeitrag vor Wiener Studenten, abgedr. in: Neues Forum, Heft 174/175, S. 407 f

auch punktuelle Bedenken gegen den Kurs der KPC erhoben worden, die vor einer unkritischen „Liberalisierung“ der CSSR gewarnt haben. Obwohl diesen Bedenken in manchen Fällen keine gründliche Kenntnis der Entwicklung in der CSSR zugrunde lag, war es legitim, sie in die innersozialistische Diskussion einzubringen.

1) Bedenken wurden geltend gemacht gegen die Zulassung konkurrierender Parteien außerhalb der Nationalen Front. In der Tat hätte eine solche Politik die führende Rolle der KPC zur Disposition von Wählerentscheidungen gestellt. Es ist entscheidend zu sehen, daß die KPC-Führung dieses Konzept niemals verfolgt hat. Entgegen den geheimen Wünschen westlicher Liberaler stand etwa die Zulassung einer sozialdemokratischen Partei nicht zur Debatte. Durch innerparteiliche Demokratie ist auf sozialistischer Basis ein Optimum an Mitwirkungsrechten für den einzelnen gewährleistet, der Konsensus über die sozialistische Grundentscheidung läßt einer Systemopposition ohnehin keine Aussicht auf Erfolg. Es ist somit gerade die Demokratisierungs-Politik der KPC selbst, die ein Vielparteien-System in der CSSR für die Zukunft objektiv ausschloß.

2) Ein zweites Bedenken betraf die Pressefreiheit, die theoretisch auch die Freiheit für Konterrevolutionäre einräumte, ihre Vorstellungen zu propagieren. Wiederum ergab sich jedoch die dialektische Wirkung, daß die Freigabe der Zensur die Erfolgsaussichten antisozialistischer Propaganda auf ein Minimum reduzierte, während die lebhaft einsetzende sozialistische Diskussion in den verschiedenen Presseorganen eine phantastisch anmutende Aktivierung und Politisierung breiter Bevölkerungsschichten und insbesondere der Jugend zur Folge hatte<sup>2)</sup>. Nicht zuletzt über die Vermittlung einer wahrhaft freien Presse konnte sich von unten nach oben eine Zustimmung des Volkes zur sozialistischen Politik der KPC artikulieren, die sich der Quantität wie der Intensität nach nur mit der Popularität Ho Chi Minhs nach dem Sieg über die Kolonialherren vergleichen läßt.

3) Die stärksten Bedenken aus linkssozialistischer Sicht haben die wirtschaftspolitischen Reformvorstellungen ausgelöst, die vor allem mit dem Namen von Prof. Ota Sik verbunden sind.

Eine ausführliche Diskussion dieses Problemkreises kann hier nicht erfolgen. Gegen eine vorschnelle Qualifizierung der Sik-schen Vorstellungen als „neokapitalistische“ können jedoch einige Argumente ins Feld geführt werden:

a) Die Einführung des Gewinn-Mechanismus berechtigt noch keinesfalls zum Kapitalismus-Verdikt. Die Allokationsfunktion des Gewinnes (rationeller Einsatz der Produktionsfaktoren) kann sich ein Wirtschaftssystem zunutze machen, ohne daß seine Appropriationsfunktion (Unternehmer-Gewinn) zur Geltung kommt (vgl. E. Altvater, Rationalisierung und Demokratisierung, in argument Heft 39, S. 276 f.). Die Einführung von partiellen Märkten führt nicht zwangsläufig zum Kapitalismus, weil die vom Betrieb erwirtschafteten Gewinne nicht von privater Hand angeeignet werden. Gerade auf die egalitäre Aneignung erwirtschafteter Gewinne legt Sik den größten Wert, wenn er z. B. vorsieht, daß Betriebe, deren Gewinne weniger aus einer Erhöhung der Produktivität als aus Ausnutzung der Marktlage (Erhöhung der Verkaufspreise) resultieren, einen größeren Teil dieses Gewinns an den Staat abzuführen haben als solche Betriebe, die in der Tat produktiver geworden sind. Von einer kapitalistischen Entwicklung könnte überdies nur dann die Rede sein, wenn sich ein unkontrolliertes Marketing der einzelnen Firmen entfalten könnte und die Produktionsentscheidungen in vollem

<sup>2)</sup> Vgl. auch die extrem hohe Zahl von Parteieintritten Jugendlicher seit Januar 1968, die in der Novotny-Ära in prowestlicher Apathie befangen waren

Maße von den manipulierbaren Marktdaten abhängig gemacht würden. Beide Gefahren finden keinen Ansatzpunkt in den Reformvorstellungen der KPC, die insbesondere die Investitionsentscheidungen und damit die Gewichtung der einzelnen Produktionssektoren gesellschaftlicher Planung vorbehält.

b) Die Anhebung der Gehälter bestimmter technologischer Berufe hat den Verdacht aufkommen lassen, die Wirtschaftsreform sehe eine weitgehende Differenzierung des Lohnniveaus vor. Dabei wird übersehen, daß bislang in der CSSR das Lohnniveau bestimmter qualifizierter Berufe unter dem der nicht qualifizierten Arbeiter gelegen hat, so daß hier eine Angleichung zugunsten der technischen Intelligenz usw. fällig war.

c) Der Versuch, von kapitalistischen Ländern Investitionskredite zu bekommen, hat ebenfalls zum Verdacht einer antisozialistischen Entwicklung beigetragen. Wer diesen Punkt betont, vergißt allerdings, daß die CSSR sich die für die Erneuerung der überalterten industriellen Ausstattung unbedingt notwendigen Kredite im Westen beschaffen mußte, wenn die Sowjetunion nicht bereit war, der CSSR jene 2 Mrd. DM zur Verfügung zu stellen, die sie ihr bis heute schulden. Ein Moment der Geschichte der CSSR-Gesellschaft, das die Prioritäten und Gewichte im Demokratisierungsprozeß der CSSR weitgehend bestimmte, war die Aufdeckung und Verurteilung jener stalinistischen Verbrechen, die eine ganze Generation von Sozialisten ausgeschaltet und 20 Jahre sozialistischer Politik diskreditiert haben. Die politische Bedeutung solcher moralischer Aufarbeitung der stalinistischen Vergangenheit lag eben in dem Nachweis, daß eine sozialistische Partei die Prinzipien der Humanität auch in bezug auf ihre eigene Vergangenheit zum Maßstab zu nehmen hat. Daß die konkreten Verfahren nach schlicht rechtsstaatlichen Vorschriften abliefen, signalisiert dabei nicht etwa die formaldemokratische Qualität dieser Prozesse, sondern vielmehr das fundamentale Bedürfnis nach sozialistischer Gerechtigkeit, auf deren Fundament eine sozialistische Demokratie aufzubauen ist.

Insgesamt gesehen kann heute kaum mehr ein Zweifel daran bestehen, daß von einer konterrevolutionären Gefahr in der CSSR vor dem 21. August keine Rede sein konnte. Die möglichen, aber noch nicht genügend analysierten Widersprüche der tschechoslowakischen Innenpolitik sind in jedem Falle lediglich logische Folgeerscheinung der stalinistischen Novotny-Ära gewesen. Die grundsätzliche Demokratisierung des Systems und die daraus folgende Politisierung der Bevölkerung waren mit großer Wahrscheinlichkeit die günstigsten Ausgangsbedingungen für eine Entfaltung realer Demokratie, die nach dem Zweiten Weltkrieg in einer industrialisierten Gesellschaft bestanden. Die Intervention der UdSSR zerschlug damit die einmalige Chance, am praktischen Beispiel nachzuweisen, daß reale Demokratie nur auf sozialistischer Grundlage entstehen und mit Erfolg durchgehalten werden kann.

## II

Unter der Flagge des proletarischen Internationalismus sind die Truppen der fünf Besatzungsmächte in die CSSR eingefallen, das schlechte Gewissen mit den abenteuerlichsten — und jedesmal gleich als billige Vorwände entlarvten — Begründungen beschwichtigend. Die sowjetischen Gralshüter des orthodoxen Marxismus-Leninismus mit den vier abhängigen Staaten wußten sehr wohl, was ihre Aktion aufs Spiel setzte: die Rolle als Zentrum der kommunistischen Weltbewegung — von China längst bestritten — und das Charisma der anti-imperiali-

stischen Weltmacht, das die Sowjetunion sich in den Ländern der Dritten Welt bis zum 21. August 1968 noch erhoffen durfte.

Die Flagge des proletarischen Internationalismus, die den Unterdrückten als Hoffnung auf die Weltrevolution galt, wurde in den Händen der Invasoren zum Feldzeichen der Unterdrückung: demokratische Freiheiten und lange vorenthaltene Grundrechte, beides selbstverständliche Bestandteile eines demokratischen Sozialismus in einem entwickelten Land, wurden den tschechoslowakischen Kommunisten im Namen des proletarischen Internationalismus wieder geraubt.

Die sowjetische Führung, die weder konterrevolutionäre Aktivitäten noch sicherheitspolitische Notwendigkeiten zur Rechtfertigung ihrer Intervention überzeugend vorweisen konnte, hat in der CSSR nichts anderes verteidigt als die von sozialistischen Prinzipien längst entfernte rote Bürokratie in den fünf beteiligten Staaten. Sämtliche Rechtfertigungen, die bisher vorgebracht wurden, haben ihren Ursprung nicht in der marxistischen Theorie; vielmehr können sie ihre Herkunft aus dem Arsenal machtpolitischer Kategorien nicht verleugnen. Ein historisch überholter Zentralismus suggeriert die Notwendigkeit gewaltsamer Unterdrückung, damit die beherrschende Rolle der KPdSU nicht gefährdet werde.

Der autoritäre Zuschnitt der 3. Internationale hat in der Vergangenheit eine lähmende Wirkung auf die kommunistischen Parteien in den westeuropäischen Ländern gehabt; für die Bewegungen der Dritten Welt, wo nationalistische Elemente zu den Grundbestandteilen der revolutionären Ideologie gehören, ist sie in dieser Konstruktion und nach dieser Demonstration ihrer Praxis vollends obsolet geworden.

Die von der Sowjet-Führung propagierte Politik der „friedlichen Koexistenz“ hat längst zu einer Schwächung revolutionärer Bewegungen in Südostasien und in Lateinamerika geführt. Die von dieser Politik angestrebten Ziele — gleichzeitig friedliches Nebeneinander von Kapitalismus und Kommunismus, sowie Verbreitung des Sozialismus in kapitalistischer Ausbeutung unterworfenen Ländern — sind unvereinbar, wenn die Sowjetunion konterrevolutionäre Aktionen imperialistischer Geheimdienste und regierungstreuer Truppen um der Rettung ihrer Politik willen duldet. So verwundert es heute niemanden, wenn die KP Uruguays etwa die sowjetische Intervention beklatscht, sind manche lateinamerikanische kommunistische Parteien doch heute schon objektiv zu Helfern der Unterdrücker revolutionärer Bewegungen geworden.

Die Sowjetunion, als Großmacht Gegenspieler der USA im Wettkampf um machtpolitische Kontrolle über möglichst große Gebiete, brauchte beim kriegerischen Handeln innerhalb ihrer „Einflußsphäre“ keinen äußeren Eingriff zu befürchten — ebensowenig, wie die USA heute ihre Interventionen gegen sozialistische Einbrüche in ihrem Kontrollbereich ungestört durchführen können. Revolutionäre Entwicklungen im Osten wie im Westen, die das „Gleichgewicht“ zu zerstören drohen, haben ihren jeweiligen Meister. Ein Staat, der aufgrund seiner sozialistischen Vergangenheit mit großem Prestige bei revolutionären Bewegungen rechnen konnte, der sich in dieses Spiel einläßt — und die Außenpolitik der UdSSR nicht nur mit dem Schah von Persien, sondern auch mit den diktatorischen Regimen in Lateinamerika <sup>3)</sup>, dokumentiert diese Rolle anschaulich — hat das Recht verwirkt, sich auf proletarischen Internationalismus zu berufen. Das tatenscheitende Preisgeben nationaler Befreiungsbewegungen — die Rolle der KP Boliviens beim Scheitern Che Guevaras und der Kampf der KP Venezuelas gegen die Guerillas sind bekannt — ist in diesem Rahmen plausibel zu erklären. Die sozia-

<sup>3)</sup> Vgl. Imperialismus und kapitalistische Entwicklung in Lateinamerika, in: Kursbuch 11, Frankfurt/M. 1968

listische Zukunft dieser Länder, deren kommunistische Parteien in ihrer Abhängigkeit vom Kreml-Kurs sich an den Spielereien des manipulierten Parlamentarismus beteiligen, ist nicht mehr an das bürokratische Kalkül Moskauer Funktionäre gebunden. Insofern eröffnet das Prager Desaster auch neue Chancen.

Auch wenn die Interventionspolitik der Warschauer-Pakt-Staaten der Neuen Linken in Westeuropa unermeßlichen Schaden zugefügt hat, so dürfte die Ernüchterung für die nennenswerten westeuropäischen KPs doch auch eine heilsame Wirkung gehabt haben: die Kommunistische Partei Frankreichs, 1956 noch Apologet sowjetischer Intervention, hat sich im Mai dieses Jahres, getreu der Moskauer Linie, mehr als ein Faktor der Ordnung denn als eine treibende Kraft revolutionärer Umwälzung erwiesen. Das sture Festhalten an parlamentarischen Riten in einer revolutionären Situation hat die sozialistische Bewegung die große Chance der grundlegenden Umwälzung gekostet. Die Entwicklung einer auf spezielle Erfordernisse der jeweiligen Länder abgestellten sozialistischen Strategie war in der Abhängigkeit von Moskau versäumt worden. Nach dem Rückschlag in Frankreich und den katastrophalen Ereignissen in der CSSR wird es den westeuropäischen Parteien leichter fallen, sich vom Moskauer Führungsanspruch zu emanzipieren und selbständige Strategien zu entwickeln.

Das außenpolitische Arrangement der Sowjetunion auch mit den reaktionärsten Staatsoligarchien ist durch militärstrategische wie durch handelspolitische Überlegungen bestimmt. Man kann es heute noch nicht beweisen: aber mit Sicherheit haben militärstrategische Gesichtspunkte eine nicht geringe Rolle bei der Entscheidung über die Intervention gespielt. Außenpolitik, die sich nicht auch an den Bedürfnissen der Emanzipationsbewegungen in den Partnerländern orientiert, sondern sich in erster Linie nach machtpolitischen Kategorien richtet, kann niemals mit dem Anspruch des proletarischen Internationalismus auftreten. Dieser Anspruch ist dann zu einem entleerten Stück Ideologie geworden und muß andere, real emanzipatorische Träger finden.

### III

Der proletarische Internationalismus, auf dessen Tagesordnung dereinst die sozialistische Weltrevolution stand, signalisiert heute seinen Zerfall aus dem historischen Zentrum dieser Bewegung: aus Moskau. Der Sieg des militärischen und ordnungspolitischen Kalküls über gesellschaftlich vermittelte sozialistische Strategie wird nicht zufällig gerade aus dem Kreml gemeldet. „Kommunistische Ordnungspolitik“ — dies Wort ist kein lächerlicher Widerspruch mehr, sondern leider von ordinärer Realität, von einer Realität, die bis in die Sprache hinein ihre Spuren hinterläßt.

Vor diesem Degenerationsprozeß der 3. Internationale fassungslos zu stehen oder opportunistisch ihm zu folgen, kann gleichermaßen tödlich für die Neue Linke in Europa sein. Erst wenn der engagierte, am Schicksal des osteuropäischen Kommunismus leidende Beobachter sich zu einer Analyse der scheinbar irrationalen Politik der letzten Wochen bequemt, kann er Lehren für die Neue Sozialistische Internationale ziehen, die heute, jenseits von Moskau, ihre Konturen zu zeigen beginnt.

Ideologisch steht mit der Frage nach den politischen Motiven der größten kommunistischen Partei- und Staatsmacht neben der Volksrepublik China nichts weniger auf dem Programm als die Frage nach den Ursachen eines beispiellosen Bewußtseinszerfalls. Tatsächlich ist die Sowjetführung, wenngleich auf einer neuen, zukunftsfruchtigeren Ebene der Produktionsverhältnisse, von Marx zurück

zu Hegel geschritten: nicht die Welt zu verändern, sondern ihr nurmehr die eigenen machtpolitischen Schritte zu interpretieren, wird heute in Moskau als kommunistische Politik begriffen. Nichts enthüllt dies Denken und Handeln in den alten Kategorien einer unter den Mächtigen stillschweigend ausgehandelten Blockpolitik deutlicher als die offizielle diplomatische Beflissenheit, mit der die Botschafter der UdSSR in den Hauptstädten des Westens die kapitalistischen Regierungen über die sowjetische Aggression unterrichteten und zugleich beruhigten. Der zynische Hinweis eines DDR-Kommentators nach jenem 21. August, nicht einmal die amerikanische 7. Armee in der BRD habe unter erhöhter Alarmbereitschaft gestanden, präsentiert dieselbe Pointe nur noch auf die nachgerade peinliche Art, die eine überangepaßte und ihrer selbst nicht sichere DDR-Führung seit Jahren auszeichnet.

Ein untrügliches Kennzeichen für Machtpolitik ist es, wenn diese sich die Anlässe für ihre Eingriffe selber schafft. Dieser Mechanismus erfüllte auch beim Einmarsch der Warschauer Einheiten in die CSSR seine Funktion: in Gestalt der „bourgeois Tendenzen“ und der „konterrevolutionären Gefahren“. Demgegenüber bleibt unerbittlich festzuhalten, daß jene beschworenen Tendenzen das unmittelbare Produkt der Novotny-Periode sind, dessen kriminelle Politik, verübt in einer Atmosphäre der psychischen und physischen Unterdrückung, die faden Reste liberaler Bürgerlichkeit als falsche Alternativen zur stalinistischen Bürokratie im Untergrund band und damit am Leben erhielt.

Indessen besitzt sowjetische Machtpolitik ein anderes Gesicht als der brutale Völkermord des USA-Imperialismus in Vietnam. Nichts wäre gedankenloser und für die sozialistische Position gefährlicher, als über den agitatorischen Anlaß hinaus die Politik der USA mit der der UdSSR in eins zu setzen. Wohl haben die tschechischen Sozialisten, die auf dem Prager Wenzelsplatz den Sprechchor anstimmten: „Amis raus aus Vietnam, Sowjets raus aus Prag!“ den Vorwurf konterrevolutionärer Bestrebungen in der politisch aktiven Bevölkerung Lügen gestraft. Aber auch ihnen ist jenseits der begreiflichen Empörung — die nun zynischerweise „nationalistische Tendenz“ genannt wird —, die Tatsache gegenwärtig gewesen, daß die Systeme, für die beide Weltmächte ihre Ordnungskampagnen militärisch durchführen, höchst unterschiedliche Grundmuster der gesellschaftlichen, vorab der ökonomischen Organisation besitzen.

Nur: die notwendige Differenzierung in der Analyse kann und darf nicht von einer richtig angesetzten Kritik an Praktiken und Rechtfertigungsideologien eines sowjetkommunistischen Führungskartells abhalten, das seinen europäischen Partnerstaaten im Namen einer versteinerten Ideologie brutale Remeduren verordnet. Das Pochen der UdSSR auf das für notwendig gehaltene Maß an Einheit des „sozialistischen Blocks“ zu einem Zeitpunkt, da sich die immanenten Bedürfnisse der sozialistischen Länder differenzierter als bisher entfalten, gibt den Blick auf einen zentralen Tatbestand frei, aus dem Konsequenzen zu ziehen sind: Das machtpolitisch gesicherte Monopol der UdSSR auf kommunistische Praxis in Osteuropa ist Moment eines Ideologiezusammenhangs, der seinerseits einer kritischen Durchleuchtung aus sozialistischer Perspektive bedarf. Die Ideologiekritik, die Marx als Mittel konkreter, zum Handeln anweisender Analyse entwickelte, hat auch in nachrevolutionären Stadien noch längst nicht ihre entlarvende Kraft verloren. Wer glaubt, mit kommunistischem Vorzeichen versehene Politik könne ex definitione nicht repressiv sein, hat den Kampf um gesellschaftliche Emanzipation schon längst einem bewußtlosen Funktionärsdenken geopfert. Im Grunde ist durch die ideologisch erstarrte, zu Machtpolitik geronnene Strategie der Sowjets und ihrer ängstlichen Nachbarn die Notwendigkeit dessen be-

stätigt worden, was die (nicht zufällig von den Orthodoxen geschmähten) Träger der chinesischen Kulturrevolution auf ihre Weise anzielen: eine ständige kritische Überprüfung und Selbstkorrektur der nachrevolutionären Praxis. Damit sei nicht vorschnell behauptet, die Politik der CSSR habe diesen Weg in der Vergangenheit schon eingeschlagen. Viel eher ist aus der notwendigen Distanz heraus die Annahme berechtigt, daß die Prager Reformer zunächst die elementaren Voraussetzungen für diesen demokratischen Prozeß permanenter Aufklärung über gesellschaftliche Ziele und Methoden zu schaffen versuchten; gewiß sind dabei potentiell inhumane Momente aus den westlichen Systemen in den intendierten Prozeß der Demokratisierung miteingeflossen. Aber: mit der Zerschlagung dieses so notwendigen Prozesses und der in ihm angelegten Möglichkeiten hat sich der sowjetische orthodoxe Kommunismus für lange Zeit von den realen Bedürfnissen und emanzipatorischen Erwartungen der tschechoslowakischen wie der anderen osteuropäischen Völker entfernt.

Dieser durch nichts zu kaschierende Tatbestand hat ein für sozialistische Bewegungen geradezu lebensnotwendiges Prinzip aufs äußerste diskreditiert: das Prinzip der Antizipation politischer Gewalt, die in den Händen konkret agitierender Sozialisten zur befreienden werden kann, sofern sie die politische Gewalt des partikularen kapitalistischen Interesses beseitigt. Es ist leider nur zu realistisch, sich einzugestehen, daß mit der Intervention der Paktstaaten in der CSSR gerade für die westeuropäische Linke der Begründungszusammenhang zwischen konkreter Utopie und aktuellem Tageskampf, der sich ohnehin unter den Bedingungen einer perfekt entfalteten Industriegesellschaft nicht einfach herstellt, fragwürdiger geworden ist. Fragwürdiger nicht in den Köpfen der Sozialisten selbst, aber fragwürdiger doch als Mittel einer Praxis, die stets darauf angewiesen war und ist, im Widerstand gegen die Repressionen der spätkapitalistischen Gesellschaften noch ein glaubwürdiges, politisch motivierendes Bild von dem zu geben, was in Zukunft sein könnte. Wenn sowjetische Politik in der CSSR den Beweis dafür verhindert, daß sich mit der Umwälzung der ökonomischen Basis tatsächlich eine völlig neue Dimension menschlicher Freiheit und politischer Selbstbestimmung eröffnet, neben der die historisch „richtigen“ bürgerlichen Kategorien von Souveränität, Rechtssicherheit und Menschenwürde verblassen, so muß angesichts der sowjetischen Politik die Qualität dieses von der Linken betriebenen gesellschaftlichen Umschlags den zu politisierenden Massen in Westeuropa ein unverbindliches, ja unheimliches Abstraktum bleiben. In dem Bestreben, das Auftreten von Widersprüchen im eigenen Bereich unter Berufung auf die zu bewahrende „Grundordnung“ ungeschehen zu machen, hat die UdSSR weder ihren eigenen noch den Interessen irgendeiner sozialistischen Bewegung in der Welt gedient. Den eigenen nicht, weil nunmehr selbst das begrenzte sowjetische Ziel einer ideologischen Koexistenz im „weltkommunistischen Lager“ unrealistisch geworden ist; den Interessen der Dritten Welt nicht, weil deren Revolutionären gerade die Arbeit unter den spezifischen Bedingungen ihres Landes als unverzichtbares Moment erfolgreicher Praxis gilt<sup>4)</sup>; und den Interessen der europäischen Sozialisten nicht, weil die Attraktivität einer sozialistisch organisierten Gesellschaft angesichts der tschechoslowakischen Tragödie eine

4) Es wage niemand, die Zustimmung Fidel Castros oder der KP der DRV (Nordvietnam) als Stütze für seine eigene prosowjetische Position auszugeben. Denn selbst diese Zustimmung der KP-Führung Nordvietnams zum Einmarsch der Einheiten des Warschauer Pakts in die CSSR zeigt nicht das wahre Ausmaß ideologisch-politischer Differenzen, vielmehr die Notwendigkeit nackten Kalküls. Erst das Aufgeben einer bedingungslosen, weltpolitisch wirksamen Solidarität mit dem vietnamesischen Volk, das Teil der derzeitigen sowjetischen Strategie ist, konnte eine Abhängigkeit konstituieren, die heute die KP Ho-Chi-Minhs dazu zwingt, sich die Hilfeleistungen der UdSSR zu verdienen. Öffentliche Unterstützung als Tausch für lebensnotwendige materielle Hilfe: wohl selten hat eine von Marx analysierte vorsozialistische Kategorie ihre Lebenskraft im Handlungssystem der UdSSR deutlicher vorgewiesen



negative bleiben muß: wo die Abschaffung des individuellen Eigentums und der Verfügungsgewalt über Produktionsmittel ein bloß bürokratischer Schritt bleibt, dessen lebenspraktische, demokratisierende Möglichkeiten vom sowjetischen Eigentümer des Ideologiemonopols je nach Lage militärisch beschränkt werden, da hat dies kommunistische Modell jeden Kredit verspielt und zudem sein historisches Versprechen gebrochen.

Im Lichte der tschechoslowakischen Erfahrungen enthüllt sich auch die Taktik der westdeutschen KP nach der Großen Koalition als makabres bürokratisches Kalkül. Ausgerechnet eine Partei, die hierzulande kritikloser als die studentische Linke nach dem Bündnis mit „progressiven Sozialdemokraten“ und nach parlamentarischen Vertretungsspielen ruft, stimmt heute opportunistisch in die Kritik an der KPC mit ein. Eine Gefahr, die realiter nicht vorhanden war — sonst würden die „Beweise“ der DDR-Presse nicht so lächerlich dünn ausfallen —, nämlich das Aufkommen und die Wiedezulassung der Sozialdemokratischen Partei, wird zum Stolperstein für die Genossen in Prag; SED wie KPD finden nichts Widersprüchliches daran. Während die studentische Linke und die außerparlamentarische Opposition ihre gesellschaftspolitischen Ziele selbst unter Verleugnung taktischer Möglichkeiten offenlegen, nehmen Altkommunisten zu ideologischem Gehorsam und zu argumentellen Winkelzügen Zuflucht, die sie, würden sie aus ihrer selbstgewählten Bewußtlosigkeit erwachen, wohl kaum begriffen. Orthodoxie — dies bestätigt sich erneut — war schon immer dann am mächtigsten, wenn sie theoretische Entwürfe nicht auf den politischen Tageskampf anzuwenden brauchte, sondern ihre Rechtfertigungsmuster für inhumane, von den Bedürfnissen der Menschen abgelöste Praxis im nachhinein diktiert erhielt. Es bleibt die schmerzliche historische Ironie zu beklagen, daß deutsche Kommunisten in Ost und West die politische Glaubwürdigkeit, die ihnen im Leiden unter der NS-Herrschaft zuwuchs, auch heute weder über der Apologetik auf sowjetische Ordnungspolitik verspielen. Sie unterwerfen sich, ob aus sentimental oder opportunistischen Motiven, einem sowjetischen Monopol auf sozialistische Doktrin und doktrinäre Praxis, das sich, weltgeschichtlich ohnehin überholt, mit Mitteln Geltung verschafft, welche die Ziele auf Dauer diskreditieren.

Orthodoxe Parteien scheuen die Folgen ihrer eigenen Ideen in der Wirklichkeit und schicken sich an, sie bürokratisch zu verwalten. Niemand kann der neu entstandenen Linken in Europa und anderswo ernsthaft einreden wollen, sie habe in Solidarität mit der sowjetischen Politik — sei's in Europa, sei's in der Dritten Welt — eine Tradition zu bewahren: Eine Tradition, deren aktuelles Gesicht durch Machtpolitik unkenntlich geworden ist, ist nur erfolgreich zu beleben, wenn die Neue Linke ihre humanen Züge auch in immanenter Kritik zu bewahren vermag. Eine so intendierte Kritik ist nicht Zeichen eines blinden Antikommunismus, vielmehr der reale Versuch, dessen Ursachen durch sozialistische Politik zu beseitigen.